

Seite 2  
Von Köniz nach St. Gallen

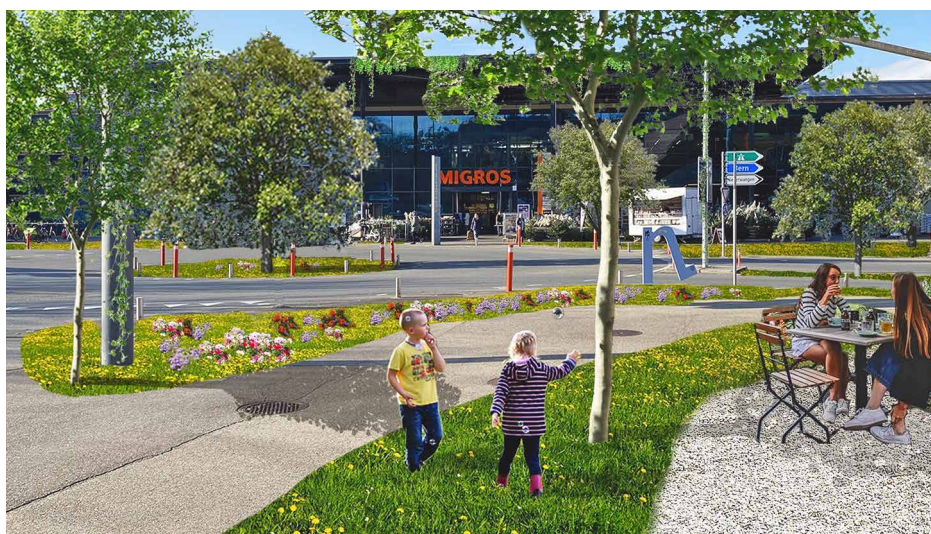
Seite 7  
Riesiges Solarpotenzial in Köniz

Seite 8  
Klimapolitik lokal vorwärtsbringen

## BÄUME STATT ASPHALT

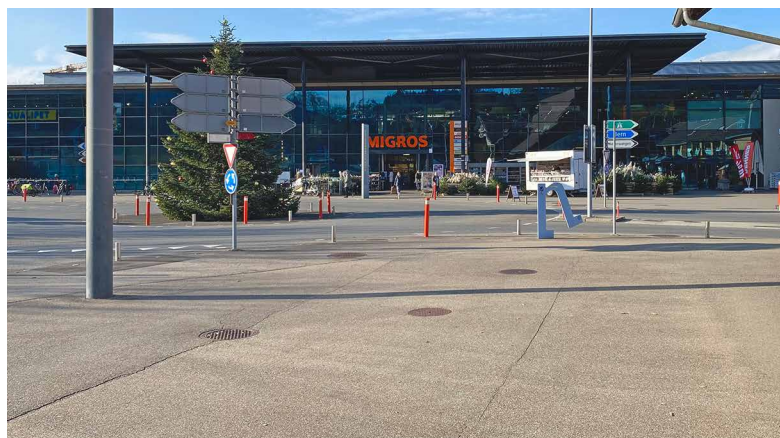
# KÖNIZ PASST SICH DER HITZE AN

So wie im Bild rechts könnte es aussehen, wenn der neueste Vorstoss der Jungen Grünen Köniz umgesetzt wird. Der letzte Hitzesommer zeigte uns, was gemäss aktueller Klimaforschung die neue Normalität wird: Hitzetage und Tropennächte nehmen zu. Dies beeinträchtigt die Lebensqualität und stellt ein erhöhtes Gesundheitsrisiko für Kinder, ältere oder kranke Menschen dar.



So könnte der Bläuackerplatz in Zukunft aussehen...

...und die heutige Betonwüste



Es ist die Aufgabe der Gemeinde, die Gestaltung des öffentlichen Raumes an die zunehmende Hitze durch den Klimawandel anzupassen. Unser Vorstoss im Parlament verlangt deshalb, dass Köniz eine Entsiegelungs- und Begrünungsplanung erstellt und umsetzt. Dies kann über die Spezialfinanzierung «Ausgleich von Planungsvorteilen» bezahlt werden und belastet den ordentlichen Steuerhaushalt nicht. Bäume pflanzen, neue Wasserflächen schaffen und Asphaltflächen entsiegeln, das reguliert nicht nur das Klima, sondern macht Köniz auch lebenswerter.



Simon Stocker,  
Gemeindeparsamentarier  
Junge Grüne

## FERNWÄRME STATT ÖL UND GAS – DAS LOHNT SICH

Es geht wieder aufwärts mit Köniz: Das Stimmvolk hat der Steuererhöhung zugestimmt, die Gemeinde kann wieder schwarze Zahlen schreiben und seit November ist auch die neu gewählte Gemeindepräsidentin Tanja Bauer im Amt. Alles bestens? Nicht ganz. Unsere Finanzsituation bleibt angespannt. Es braucht nicht nur grosse Investitionen in die Schulhäuser, auch die Klimakrise erfordert unser be-

herztes Handeln. Meine Direktion hat mitgeholfen, Fernwärmeprojekte auf die Beine zu stellen, um tausende von Öl- und Gasheizungen ersetzen zu können. Dazu braucht es eine finanzielle Beteiligung der Gemeinde. So können wir bei den Fernwärmeprojekten mitbestimmen, die Klimaziele erreichen und einen angemessenen Gewinn für die Gemeinde erwirtschaften – eine Win-Win-Win Situation.



Hansueli Pestalozzi,  
Gemeinderat Köniz

## AMTSÜBERGABE IM PARLAMENT

## VON KÖNIZ NACH ST. GALLEN

**Iris Widmer war neun Jahre Parlamentarierin in Köniz. Durch diese Arbeit und die Auseinandersetzung mit den Menschen fühlt sie sich noch mehr mit der Gemeinde verbunden. Mensch und Kultur standen für sie als Parlamentarierin im Zentrum. Philipp Koenig hat mit ihr ein kurzes Interview darüber geführt.**



Iris Widmer (l.) und Monika Röthlisberger.



Philipp Koenig,  
GRÜNE Köniz

*Du warst neun Jahre Parlamentarierin in Köniz. Jetzt arbeitest Du als Richterin am Bundesverwaltungsgericht. Was reizt dich an dieser Aufgabe?*

Iris Widmer: Es geht um Menschen, die im Streit mit dem Staat liegen. Da kläre ich die Rechtslage gerne gründlich ab und begründe den Entscheid sorgfältig, damit er für die Betroffenen nachvollziehbar ist. Das stärkt das Vertrauen in den Rechtsstaat.

*Du hast dich bereits als Parlamentarierin für die Entschädigung von Menschen eingesetzt, die vom Staat unter die Räder kamen...*

IW: Die fürsorglichen Zwangsmassnahmen sind ein negatives Beispiel für staatliche Machtausübung. Die vom Staat veranlassten Massnahmen, die eigentlich zum Schutz der Betroffenen hätten beitragen sollen, führten oft zu unermesslichem Leid. Das erfahrene Unrecht zeichnete viele für ihr ganzes Leben. Dieses Unrecht anzuerkennen, war ein wichtiger Schritt für weitere Massnahmen zu Gunsten der Betroffenen. Es war mein erster Vorstoss im Parlament und ich habe mich sehr gefreut, dass sich die Gemeinde trotz der bereits damals angespannten Finanzlage (2014) bereit erklärt hatte, einen finanziellen Beitrag an den damaligen Soforthilfefonds zu leisten.

*Kultur liegt dir am Herzen: Warum ist Kultur wichtig für die Öffentlichkeit?*

IW: Kultur ist nicht «the cherry on cake», also nicht das «Dessert» einer Gesellschaft, das man erst dann geniessen darf, wenn die harte Arbeit getan ist. Kultur ist für uns Menschen von grundlegender Bedeutung. Sie trägt zur Auseinandersetzung des Individuums mit sich selbst und der Gesellschaft mit sich selbst bei. Sie führt zur Selbst- und Weiterkenntnis und stösst so Entwicklungen an. Meine Vorstösse in diesem Bereich sollen zur Anerkennung der Bedeutung von Kultur beitragen.

*Du gibst dein Amt in Köniz an Monika Röthlisberger weiter: Was wünschst du ihr?*

IW: Köniz ist eine unglaublich vielfältige Gemeinde mit einem engagierten Parlament, das Verantwortung tragen und mitgestalten will. Ich wünsche ihr Freude an der Debatte und einen langen Atem.

## ZIEGLER TREFF FÜR GEFLÜCHTETE

## ABWECHSLUNG IN TAGEN VOLLER UNGEWISSHEIT

**Der Verein Ziegler Freiwillige bietet im Zieglerspital ein vielfältiges Freizeitangebot für Geflüchtete – Mithilfe ist willkommen.**



Christina Aebischer,  
Co-Präsidentin  
GRÜNE Köniz

Billard spielen oder Töggelen, im Sommer auch draussen Tischtennis sowie Sändelen für die Kleinen, günstig einen Kaffee trinken und das WLAN benutzen, um mit der fernen Heimat zu sprechen, Schach spielen oder etwas Deutsch lernen, und auch mal eine Stunde zu Musik aus der fernen Heimat tanzen. All dies und noch viel mehr bietet der Verein Ziegler Freiwillige in der ehemaligen Cafeteria des Zieglerspitals. Der treff.ziegler ist offen für alle und ist auch ein Ort

zum Kennenlernen von Geflüchteten, die im Bundesasylzentrum vorübergehend untergebracht sind. 100 bis 140 Tage dauert es, bis Geflüchtete einen Entscheid erhalten. Dies kann bereits eine nervenzehrend lange Ungewissheit sein, und bei manchen dauert es noch länger, bis sie wissen, wie ihr Weg weiter geht. Umso wichtiger ist es, die enge Unterkunft verlassen zu können und etwas Abwechslung in einem eintönigen und von Unsicherheit geprägten Alltag zu finden.

**Aktiv sein:**

Alle Angebote, vom Café über Deutschkurse zum Textilatelier, basieren auf Freiwilligenarbeit. Wenn auch du 1-2x pro Monat ein paar Stunden mithelfen kannst, kontaktiere Christoph Salzmann, [info@ziegler-freiwillige.ch](mailto:info@ziegler-freiwillige.ch), oder 079 411 58 77.

ABSTIMMUNG VOM 12. MÄRZ 2023

# 2X NEIN ZU EINER HALBEN MILLIARDE FÜR NEUE STRASSEN!

**Am 12. März 2023 stimmt der Kanton Bern über die beiden extrem teuren, klimaschädlichen und Mehrverkehr generierenden Umfahrungen in Aarwangen und Burgdorf ab. Engagiere dich mit uns für 2x Nein – für mehr Schutz von Biodiversität und wertvollem Kulturland, für günstigere Verkehrslösungen und für das Klima.**

Im Juni 2022 hat der Grosse Rat zwei millionenschwere Baukredite für die Umfahrungen Aarwangen und Burgdorf gesprochen. Diese beiden Projekte belasten nicht nur die kantonalen Finanzen enorm, sie gefährden ausserdem die Biodiversität, zerstören wertvolles Kulturland und stehen mit dem geplanten Kapazitätsausbau im krassen Widerspruch zu den Klimazielen. Gemeinsam mit einer breiten Allianz von Parteien und Umweltorganisationen haben wir GRÜNE erfolgreich die Referenden gegen diese beiden Kredite ergriffen. Nun ist es im März an der Berner Stimmbevölkerung, Nein zu sagen zu diesem unverantwortlichen Projekt und den Weg freizumachen für günstigere, schnellere und klimaverträgliche Lösungen. Hier zeigen wir euch, warum. Mehr zu den Alternativen und dem lokalen Widerstand könnt ihr auf den Seiten 4 und 6 lesen.

## Kantonskassen plündern?

Die Kosten für die Steuerzahlenden belaufen sich für die beiden Strassen auf 618 Millionen Franken, wovon der direkte Kantonsanteil 430 Millionen Franken beträgt. Diese Verschwendung von Steuergeldern kann sich der Kanton Bern schlicht nicht leisten: Die sehr begrenzten Investitionsgelder fehlen ansonsten bei gewichtigen Aufgaben wie Investitionen im öffentlichen Verkehr, im Gesundheitsbe-

reich, im Bildungswesen und beim Ausbau von erneuerbaren Energien.

## Ackerland betonieren?

Die Strassenausbau-Projekte gefährden die Biodiversität, zerstören dauerhaft 13,6 Hektaren wertvolles Kulturland für die Landwirtschaft und stellen ein Risiko für das Grundwasser dar. Und dabei wird kein Problem gelöst: Der punktuelle Kapazitätsausbau führt zu Mehrverkehr und löst die Verkehrsprobleme nicht nachhaltig, sondern verlagert die Probleme einfach in die umliegenden Dörfer.

## Klima schädigen?

Diese vorgesehene Kapazitätssteigerung widerspricht nicht nur der kantonalen Mobilitätsstrategie und dem Klimaschutz-Artikel in der Berner Verfassung, sondern auch den Klimazielen, zu denen sich die Schweiz verpflichtet hat. Hinzu kommt, dass die Projektierungen auf veralteten Verkehrsprognosen des Bundes basieren, die von einem deutlich höheren Verkehrswachstum ausgegangen sind. In Anbetracht der Biodiversitäts- und der Klimakrise ist ein solcher Ausbau schlicht fahrlässig.

## 2 x Nein für einen zukunftsfähigen Kanton!

Damit wir die Berner Stimmbevölkerung von je einem Nein für die Umfahrungen in Aarwangen und Burgdorf überzeugen können, sind wir auf deine Unterstützung angewiesen. Danke, dass du mit Freund\*innen und Bekannten über die Vorlagen sprichst, unserer Kampagne auf Social Media und im echten Leben zu mehr Sichtbarkeit verhilfst oder unser Komitee mit einer Spende unterstützt. Gemeinsam holen wir 2x Nein, für einen zukunftsfähigen Kanton Bern!



Fredy Lindegger,  
Grossrat Oberaargau



Anna de Quervain,  
Grossrätin Emmental



## MIT «NATUR STATT BETON» GEGEN DIE UMFÄHRUNGSSTRASSE

## ZUSAMMEN SIND WIR STARK!



Fanny Zürn,  
Junge Grüne  
Kanton Bern

**Eva Fuhrmann und ihre Familie leben in Bützberg auf einem Landwirtschaftsbetrieb. Die geplante Umfahrungsstrasse Aarwangen führt an ihrem Bauernhof vorbei. Als Co-Präsidentin des Vereins «Natur statt Beton» engagiert sie sich gegen das Projekt.**

*Fanny: Eva, welche Auswirkungen hätte die Umfahrungsstrasse für deine Familie?*

Eva: Während der Bauzeit müssten wir eine Parzelle für die Deponie freigeben. Diese ist auch nach dem Bau der Strasse für längere Zeit landwirtschaftlich nicht mehr nutzbar. Auf einer weiteren Parzelle würden ökologische Ersatzmassnahmen umgesetzt. Für uns als kleiner Betrieb ist der Flächenverlust fatal. Und das schöne Naherholungsgebiet wird zerstört – eine Strasse, auf einem Damm gebaut, wird das schöne Bützbergtäli zerschneiden.

*Fanny: Du bist im Verein «Natur statt Beton» aktiv, der sich gegen die Umfahrungsstrasse einsetzt. Was ist euer Ziel?*

Eva: Wir wollen die Menschen mit diversen Aktionen für das Thema sensi-

bilisieren. Beispielsweise bildeten wir eine Menschenkette entlang des geplanten Strassenverlaufs und installierten einen Bänkliweg mit Informationen über die hiesige Natur, Land- und Forstwirtschaft.

*Fanny: Was ist deine Motivation, dich bei «Natur statt Beton» zu engagieren?*

Eva: Ich möchte einmal sagen können, dass ich alles in meiner Macht Stehende getan habe. Ich sehe es als Verantwortung gegenüber unseren Kindern: Sie müssen mit den Konsequenzen dieses Projektes leben.

*Fanny: Gibt es Begegnungen in deinem Aktivismus, die dich berührt haben?*

Eva: Für mich war die Menschenkette ein sehr berührender Moment. Ich stand am unteren Ende der Kette und habe realisiert, wir sind nicht allein. Und während der Unterschriftensammlung für das Referendum gab es einen pensionierten Bauer, der über 150 Unterschriften gesammelt hat, indem er von Tür zu Tür klingeln ging.

*Fanny: Was gibt dir Zuversicht, dass wir die Abstimmung gewinnen?*

Eva: Die Gegenseite hat viel Geld für die Kampagne. Wir aber können die Menschen mit unserer Leidenschaft mobilisieren. Seit 2017 hat die Stimmung gekehrt – Themen wie der Klimawandel sind wichtiger geworden und Strassenbauprojekte werden kritischer betrachtet. Zuversichtlich stimmt mich, dass wir eine breite Koalition bestehend aus Umweltverbänden, Landwirt\*innen, Parteien und Betroffenen sind – zusammen sind wir stark!



Das Co-Präsidium von «Natur statt Beton»: Kurt Eichenberger (WWF), Eva Fuhrmann (Anwohnerin, Landwirtin) und Samuel Jenzer (Landwirt) gemeinsam mit Grossrat Fredy Lindegger am Auftakt der Abstimmungskampagne in Aarwangen.

## LA LOI POUR LA PROTECTION DU CLIMAT

## EIN ENTSCHEIDENDER SCHRITT FÜR UNSERE ZUKUNFT



Myriam Roth,  
Co-Présidente  
Association suisse pour  
la protection du climat

**Adoptée par le Parlement le 30 septembre 2022 comme contre-projet indirect à l'initiative pour les glaciers, la loi pour la protection du climat s'appelle officiellement «Loi fédérale sur les objectifs en matière de protection du climat, sur l'innovation et sur le renforcement de la sécurité énergétique (LCI)». La population suisse sera amenée à voter sur cette loi en juin de cette année suite à un référendum lancé par l'UDC.**

Das Klimaschutzgesetz ebnet der Schweiz den Weg zum Netto-Null-Ziel und zur Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern. Es unterstützt Unternehmen und Immobilienbesitzer\*innen – und indirekt auch die Mieter\*innen – auf ihrem Weg in eine klimafreundliche Zukunft. Im Gegensatz zu der Behauptung der Gegner\*innen enthält dieses Gesetz keine neuen Steuern oder Verbote.

**Trois piliers pour un zéro net**

La loi pour la protection du climat, contient en son titre trois axes: La pro-

tection du climat avec des objectifs d'émission, l'innovation avec promotion de technologies et processus innovants et la sécurité énergétique avec un programme d'impulsion pour le remplacement des installations de chauffage et l'efficacité énergétique.

La crise climatique nous menace dans notre existence. Le contre-projet montre la voie vers le zéro net. Il est temps de nous libérer des énergies fossiles et de rendre la Suisse indépendante. Nous avons le choix de prendre part à la transition énergétique ou de rester à la traîne mais le tournant énergétique joue en notre faveur! Il apporte

à la Suisse une valeur ajoutée qui part actuellement à l'étranger pour les énergies fossiles, il crée des emplois, de l'air pur, etc.

Schaffen wir Versorgungssicherheit mit erneuerbarer Energie und machen uns so unabhängig von der Willkür autokratischer Länder. Die Energiewende hätte schon viel früher stattfinden müssen. Doch nun haben wir mit dem Klimaschutzgesetz die Möglichkeit, im kommenden Juni die Basis für einen effektiven Klimaschutz zu schaffen; nutzen wir diese zukunftsweisende Chance!



Christine Badertscher,  
Nationalrätin

## SOLAR-INITIATIVE

## ES KOMMT ZUM GEGENVORSCHLAG

**Die Solar-Initiative liefert konkrete Lösungen für die Energie- und Klimaprobleme des Kantons Bern. Der Regierungsrat lehnt die Initiative zwar ab, hat aber Handlungsbedarf erkannt. Er lässt bis im Sommer 2023 einen Gegenvorschlag ausarbeiten.**

Um die Klimakrise in den Griff zu kriegen, muss der Kanton Bern so rasch wie möglich von fossilen Energieträgern wegkommen. Das grösste Potential liegt dabei in der Solarenergie. Mit der Ende 2021 eingereichten Solar-Initiative fordern wir für den Kanton Bern eine Solarpflicht für Neu- und Bestandesbauten. Für letztere ist eine Übergangsfrist bis ins Jahr 2040 vorgesehen. Wie sich 2022 gezeigt hat, hat unser Anliegen auch national Konjunktur. Erstmals wurde eine nationale Solarpflicht für besonders grosse Gebäude erlassen. Im Kanton Bern wurde die entsprechende Bestimmung bereits in die revidierte kantonale Energieverordnung eingebaut, welche seit dem 01. Januar 2023 in Kraft ist. Die Debatte rund um die Solar-Initiative wird also nicht mehr sein Solarpflicht ja oder nein, sondern bloss, wie weitreichend beziehungsweise wie lasch diese künftig ausgestaltet ist.

### Solar-Initiative bringt Bewegung

Dem bürgerlichen Regierungsrat geht unsere Initiative zu weit. Dennoch hat er erkannt, dass Handlungsbedarf besteht. Ende 2022 hat er in einer Mitteilung verkündet, dass er durch die Verwaltung einen Gegenvorschlag zur Initiative ausarbeiten lässt. Der Regierungsrat hat nun bis im Juni 2023 Zeit, mit einer Vorlage an den Grossen Rat beziehungsweise die zuständige

Kommission zu gelangen. Ein griffiger Gegenvorschlag muss unbedingt auch die bestehenden Bauten umfassen. Denn auf einen Zeithorizont bis 2050 betrachtet, umfassen Bestandesbauten fast 75% des Solarpotenzials. Von einer

entsprechenden Solarpflicht profitiert sowohl das Klima als auch die lokale Wirtschaft. Mit der Solar-Initiative hat der Kanton Bern die Chance, als Vorreiter beim Ausbau der Solarenergie voranzugehen.



David Müller,  
Vize-Präsident  
GRÜNE  
Kanton Bern



Die Solar-Initiative wurde am 17.11.2021 mit 18696 Unterschriften eingereicht.

## AGENDA

**21.02.2023: Stammtisch GFL Bern**, 19 Uhr, Restaurant Bar Löscher, Viktoriastrasse 70, 3013 Bern. Für Mitglieder und Interessierte. Nächste Stammtische: 21.03., 12.04. und 07.05. Weitere Infos unter [www.gfl-bern.ch](http://www.gfl-bern.ch)

**24.02.2023: «Expert\*innenrunde zur Mobilität der Zukunft» GRÜNE Burgdorf**, 19-20.30 Uhr, Burgdorf. Weitere Infos folgen unter [www.gruene-emmental.ch](http://www.gruene-emmental.ch)

**04.03.2023: «Treff im Quadrat» GFL Zollikofen**, 10-13 Uhr, Quadrat, Bernstrasse 178, Zollikofen. Austausch mit

Grünen Freien Leuten beim Brunch oder Café, jeden 1. Samstag im Monat. Anmeldung und Infos unter [www.gfl-zollikofen.ch](http://www.gfl-zollikofen.ch)

**12.03.2023: Abstimmungssonntag**, weitere Infos und Parolen: [www.gruenebern.ch](http://www.gruenebern.ch)

**21.03.2023: Treffen für Neumitglieder und Interessierte der GRÜNEN Kanton Bern**, 18.30-19.30 Uhr, Restaurant Musigbistro, Mühlemattstrasse 48, 3007 Bern, Saal im 1. Stock. Anmeldung und weitere Infos: [www.gruenebern.ch](http://www.gruenebern.ch)

**01.04.2023: Velobörse und «Flickerei» GFL Zollikofen**, 8-12 Uhr, Aula Sekundarstufe, Schulhausstrasse 32, Zollikofen. Der Repair-Anlass ist nicht für Velos.

**06.05.2023: Pflanzemärit GFL Münchenbuchsee**, 9.30-14.00 Uhr, Schulhausplatz Paul Klee, Oberdorfstrasse 22, 3053 Münchenbuchsee. Bringe deine überzähligen Pflanzen und Samen oder suche dir Neues aus. Lass dich durch weitere Beiträge überraschen. Weitere Infos bei Ursula Probst: [dolphin56@sunrise.ch](mailto:dolphin56@sunrise.ch).

## UMFAHRUNG EMMENTAL

## DIE LÖSUNG LIEGT AUF DER STRASSE

**Anstatt für eine Viertelmilliarde einen Tunnel zu bauen, reicht es, in Oberburg die Ortsdurchfahrt zu sanieren und den Bahnübergang beim Spital Burgdorf durch eine Unterführung zu ersetzen.**



Daniel Bachofner,  
Präsident GRÜNE  
Emmental



Theophil Bucher,  
Vorstand GRÜNE  
Emmental

Niemand wohnt gerne an einer vielbefahrenen Durchfahrtsstrasse, aber wir alle erzeugen Verkehr. Die Diskussionen über Verbesserungen an der Emmentalstrasse in Oberburg für Anwohner\*innen und den Durchgangsverkehr dauern seit Generationen. Mehrere Projekte für eine Umfahrungstrasse wurden verworfen, weil eine solche Lösung immer auch gewichtige Nachteile bringt. Dabei verpasst man es seit Jahrzehnten, die Situation in Oberburg innerorts zu verbessern. Aber genau dort liegt der Schlüssel zur Lösung.

Kanton hat in diesen Gemeinden gezeigt, dass es möglich ist, durch die Umgestaltung des Strassenraumes gute Lösungen für alle zu bauen: für Geschäfte und Läden entlang der Strasse; für Fussgänger\*innen, den Veloverkehr, den Durchgangsverkehr und für den ÖV. Diese Lösungen sind viel günstiger und haben einen gros-

sen Effekt – ohne Verlust von Kulturland oder Gefährdung des Grundwassers und ohne den Verkehr zusätzlich anzukurbeln und die Staus lediglich zu verschieben.

Auch Tempo 30 wird heute breit diskutiert und ist in Städten bereits gut akzeptiert. Es bewirkt weniger Lärm und erhöht die Sicherheit für alle. Wenn zudem beim Spital Burgdorf der Bahnübergang durch eine Unterführung ersetzt wird, ist das «Verkehrproblem Oberburg» gelöst.

## Gute Beispiele gibt's genug

Ähnliche Situationen mit sogar 10-30% höherem Verkehrsaufkommen als in Oberburg und Hasle gibt es in Köniz, Wabern oder Burgdorf. Der



## UMFAHRUNG AARWANGEN

## NEIN ZUR MEGA STRASSE – UND DANN?



Agnes Imhof,  
Co-Präsidentin  
GRÜNE Langenthal



Anna Aeberhard,  
GRÜNE Oberaargau,  
Aarwangen

**Die Verkehrsprobleme in Aarwangen sind unbestritten. Bei einem Nein zur Umfahrungsstrasse können aber rascher wirksame Massnahmen ergriffen werden, um die Verkehrssicherheit in Aarwangen zu erhöhen.**

Selbst bei einer Annahme des Baukredits könnte in Aarwangen noch lange Jahre nicht gebaut werden, da zuerst die Beschwerdeverfahren bereinigt werden müssen: Nach knapp einem Jahr seit Beschwerdeeingabe ist noch nicht einmal ein Entscheid der 1. Instanz gefällt.

## Umgestaltung der Ortsdurchfahrt

Mit einer Aufwertung des bestehenden Strassenraumes in Aarwangen gemäss dem «Berner Modell» kann die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer\*innen deutlich günstiger und in kürzerer Zeit verbessert werden. Zudem wurden verschiedene Planungsarbeiten

zu dieser sogenannten Variante Null+ bereits gemacht und können weiterentwickelt und optimiert werden.

Bei dieser Variante würden sich Bahn und Auto die Spuren teilen («Trambetrieb»). Dieses Tram-Regime im Zentrum wäre auch beim Bau einer Umfahrung geplant. So wird mehr Platz für Velos und Fussgänger\*innen geschaffen, z.B. für neue Radstreifen und Gehwege sowie Mittelinseln, die das Überqueren der Strasse erleichtern.

## PAROLEN

Der Vorstand der GRÜNEN Kanton Bern empfiehlt folgende Parolen für die Abstimmung vom 12. März 2023 (siehe [www.gruenebern.ch](http://www.gruenebern.ch) für mehr Informationen):

## Kantonal

- Änderung der Kantonsverfassung (Stellung und Kompetenzen Justizbehörden) – JA
- Änderung der Kantonsverfassung (Unvereinbarkeitsregeln Mitglieder Grosser Rat) – JA
- Baukredit für die Verkehrssanierung Aarwangen – NEIN
- Baukredit für die Verkehrssanierung Burgdorf–Oberburg–Hasle – NEIN

## Digitales Verkehrsmanagement

Engpassbeseitigungen mit Ausbauprojekten sind ein veraltetes Konzept und nicht mehr zeitgemäss. Mit Massnahmen des digitalen Verkehrsmanagements werden Strassen- und Bahnverkehr besser aufeinander abgestimmt und gesteuert. In Aarwangen könnten die Verkehrsströme so koordiniert werden, dass bei der Durchfahrt des «Bipper-Lisi» Stausituationen vermieden werden.

## SOLARENERGIE IN KÖNIZ

## DAS SOLARPOTENZIAL IST RIESIG – NUTZEN WIR ES

**Auch in Köniz ist das Potenzial der Sonnenenergie riesig. In Köniz könnte auf Gebäuden rund 170 Gigawattstunde (GWh) Strom mit Photovoltaik erzeugt werden – der Stromverbrauch der Gemeinde liegt bei 190 GWh. Mit der Sonne produziert werden heute aber nur gerade 8.6 GWh (5.1%).**

Aber wieso ist die Solarnutzung in Köniz besonders tief? Einerseits gibt es in Köniz viele Mehrfamilienhäuser und viele ältere Gebäude, bei denen der Bau von Solaranlagen komplizierter ist als auf einem Einfamilienhaus. Zudem bezahlte die BKW bis vor einem Jahr im Vergleich sehr wenig für den produzierten Sonnenstrom. Dadurch hatten die Vermieter\*innen kaum Anreize für den Bau von Solaranlagen. Bei Gebäuden im Stockwerkeigentum ist die Planung komplex, weil alle Miteigentümer\*innen einem Bau zustimmen müssen.



Jan Remund,  
Grossrat GRÜNE

### Solar-Initiative will Schwung bringen

Besserung ist allerdings in Sicht: Die eidgenössischen Räte haben das Manko erkannt. Die minimale Vergütung soll erhöht werden, sodass sich auch Anlagen ohne Eigenverbrauch finanziell lohnen. Anreize allein werden allerdings nicht zum Ziel führen. Gerade bei Mietobjekten und Stockwerk-

eigentum wird es ohne einen gewissen Druck nicht gehen. Im Sommer 2023 steht die Debatte über die Solar-Initiative der GRÜNEN im Grossen Rat bevor. Sie will die Solarpflicht nicht nur für neue, sondern auch für bestehende Gebäude einführen, also dort, wo das grösste Potenzial liegt. Damit wird die Energiewende deutlich an Schwung gewinnen.

## VIZE-PRÄSIDIUM IM GROSSEN RAT

## KÖNIZERIN WIRD HÖCHSTE BERNERIN

**Als ich im September 2021 in den Grossen Rat eingetreten bin, hätte ich mir nie erträumt, dass ich den Weg zum Ratspräsidium einschlagen werde. Ab Juni 2024 werde ich nun die Ehre haben, als «höchste Bernerin» den Rat zu präsidieren.**

Ein Amt, auf welches ich mich sehr freue, das mir aber auch Respekt einflösst. In der langen Geschichte des Grossen Rates im Kanton Bern werde ich erst die elfte Frau sein, die dieses Amt übernimmt. Für die GRÜNEN ist es auch ein wichtiges Zeichen, da wir den Rat bisher erst zwei Mal präsi- diert haben. Für mich als überzeugte GRÜNE heisst es aber auch, dass ich mich in diesen Jahren etwas von der Partei- politik entfernen werde. Als werdende Mutter werde ich die Anforderungen von Beruf, Familie und Politik ausbalancie- ren müssen.

### Austauschen, vernetzen und Verständnis schaffen

Was heisst es nun «höchste Bernerin» zu sein? Neben der Leitung der Sessionen des Grossen Rats, werde ich den Grossen Rat des Kantons Bern an einer Vielzahl von An- lässen vertreten. Bereits jetzt als zweite Vizepräsidentin be- suche ich viele Teile des Kantons und sitze am Tisch mit

Botschafter\*innen, Grossratspräsident\*innen aus anderen Kantonen oder Landtagspräsident\*innen aus Deutschland. Wir tauschen Meinungen aus, unter anderem über unsere unterschiedlichen politischen Systeme, Asylpolitik oder die Auswirkungen der Energiemangellage. Diese Gespräche zeigen mir manchmal auch die Gratwanderung zwischen meiner persönlichen Überzeugung und den Anforderun- gen des Amtes auf.

### Verantwortung für den ganzen Kanton

Trotz oder gerade wegen diesen Herausforderungen, freue ich mich auf das Präsidialjahr. Es ist eine einmalige Gelegenheit unseren schönen Kanton hautnah zu erleben, engagierte Personen kennenzulernen und die unterschied- lichen Meinungen zu Brennpunkten des Kantons Bern zu diskutieren.



Dominique Bühler,  
zweite Grossrats-  
vizepräsidentin

## NATIONALRATSWAHLEN 2023

DOMINIQUE BÜHLER UND JAN REMUND  
IN DEN NATIONALRAT

Die Delegierten der GRÜNEN Kanton Bern haben am 31. Januar 2023 zwei Könizer GRÜNE für die Nationalratswahlen am 22. Oktober 2023 nominiert.



**Dominique Bühler** (39), Fachspezialistin Chemikaliensicherheit, war vier Jahre für die GRÜNEN im Parlament von Köniz. Seit März 2022 ist sie Grossrätin. Politisch motiviert wurde sie durch ihr Engagement für Umweltanliegen. Ihre Freizeit verbringt sie gerne in der Natur mit sportlichen Aktivitäten wie dem «Aareschwimm» und geniesst das Backen zuhause.

**Jan Remund** (54), Klimatologe, war von 2006 bis 2015 für die GRÜNEN im Parlament von Köniz. 2015 bis 2020 war er Co-Präsident der GRÜNEN Kanton Bern. Seit Juni 2021 ist er Grossrat. Er leitet den Geschäftsbereich Energie & Klima bei Meteotest, heizt sein Haus mit Holz und die Solaranlage liefert seit 2007 Strom vom Dach.

## KLIMA-REGLEMENT

## KLIMAPOLITIK LOKAL VORWÄRTSBRINGEN



David Müller,  
Fraktions-  
präsident  
GRÜNE Köniz

**Vor gut zwei Jahren hat die Grüne Fraktion zusammen mit weiteren Unterstützer\*innen in einem Vorstoss ein Klimaschutz-Reglement verlangt. Die Emissionen sollen in Köniz entsprechend den Pariser Klimazielen gesenkt werden. Denn bisher hatte Köniz eine Energiestrategie, mit welcher die Klimaneutralität erst 2080 erreicht worden wäre.**

Im Sommer 2022 hat der Gemeinderat nun endlich seine veraltete Energiestrategie angepasst. Er strebt die Klimaneutralität neu zumindest bis 2050 an. Dass es aber schneller gehen kann, zeigen andere Schweizer Gemeinden und Kantone. Basel-Stadt hat sich im letzten Herbst beispielsweise 2037 als Ziel für die Klimaneutralität gesetzt.

**Der Druck bringt Bewegung**

Dank unserem oben genannten Vorstoss hat eine parlamentarische Kommission mit Mitgliedern aus allen Fraktionen nun die Möglichkeit, die Könizer Ziele zu schärfen. Es müssen endlich Rahmenbedingungen für sozialverträgliche Klimaschutzmassnahmen geschaffen und die Finanzierung

dieser Massnahmen sichergestellt werden. Wir werden uns weiter für eine Gemeinde einsetzen, die nicht auf Kosten künftiger Generationen lebt.

Werde Mitglied der GRÜNEN!  
Stärke unsere Bewegung!  
Wähle: grüne-koeniz.ch